



2015/51 Ausland

<https://shop.jungle.world/artikel/2015/51/spiele-der-ausgrenzung>

In einem Dossier über Menschenrechtsverletzungen in Brasilien wird Israel verurteilt

Spiele der Ausgrenzung

Von **Nils Brock**

In einem Dossier zu Menschenrechtsverletzungen bei der Vorbereitung von Sportgroßereignissen warnen die brasilianischen Herausgeber nicht nur vor einer Militarisierung der Gesellschaft, sondern auch vor Israel.

»Wir werden die besten Olympischen Spiele aller Zeiten organisieren, die dem Geist des Sports alle Ehre erweisen und die Völkerverständigung auf unvergessliche Weise feiern werden.« Der brasilianische Sportminister George Hilton ist bekannt für pathetische Superlative, wohl deshalb hat Präsidentin Dilma Rousseff ihn auserkoren, um die Bevölkerung zu begeistern und »Sport als staatliche Inklusionspolitik« anzupreisen. Denn seit Brasilien vor sechs Jahren den Zuschlag für das Großereignis erhielt, reißt die Kritik an den »Spielen der Ausgrenzung« nicht ab.

Dieser Slogan der Straße war auch titelgebend für das in der vergangenen Woche vorgestellte Dossier des Volkskomitees der WM und Olympiade (CPCO), einer Gruppe von Kritikern und Akademikern, die sich im Jahr 2012 zusammenfand, um sich mit den Folgen der beiden Großveranstaltungen für Rio de Janeiro auseinanderzusetzen. Akribisch hat die Gruppe die teils erzwungene Umsiedlung von mehr als 4 000 Familien dokumentiert, den geringen künftigen Nutzen des Aus- und Umbaus der Infrastruktur dargelegt, auf die mitunter ausbeuterischen Arbeitsbedingungen auf den Baustellen aufmerksam gemacht, die Offenlegung intransparenter Budgets gefordert und beständig vor »einer wachsenden Militarisierung der Stadt« gewarnt, wie es die Stadtforscherin Mariana Werneck vom CPCO auf den Punkt bringt. »Doch anstatt auf diese Kritik irgendwie einzugehen, wird der Bau eines dritten Golfplatzes und eine weitere Verschärfung der Sicherheitspolitik angekündigt.«

Einerseits ist es verständlich, dass das Verteidigungsministerium nach den Anschlägen in Paris im November einen »Antiterrorplan« bewirbt. Andererseits ist die geplante Mobilisierung von 38 000 Soldaten und zusätzlichen Polizeieinheiten sowie die geplante Verschärfung des nationalen Antiterrorgesetzes auch eine Drohung an all jene, die wie das CPCO zu Protesten anlässlich der Olympischen Spiele 2016 aufrufen. Gefolgt ist diesem Aufruf bereits im August das antiisraelische Bündnis Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen (BDS). Vielleicht hat sich das CPCO einen Popularitätsschub davon versprochen, gemeinsam mit den Antizionisten zu einer »Olympiade ohne Apartheid« aufzurufen.

Die Beauftragung des israelischen Unternehmens International Security and Defense Systems (ISDS), das helfen soll, die Sicherheit der Olympischen Spiele zu gewährleisten, ist kritikwürdig.

Bereits seit Jahren schult das Unternehmen brasilianische Polizisten und Soldaten in Aufstandsbekämpfung und Bevölkerungskontrolle, liefert in Kooperation mit anderen Firmen auch gepanzerte Einsatzwagen und weiteres Equipment. Doch es handelt sich um eine Privatfirma, und zu suggerieren, dass jene Sicherheitskräfte im Bundesstaat Rio de Janeiro, die 2014 bei ihren Einsätzen nach offiziellen Angaben 584 Menschen erschossen, durch die derzeitige Ausbildung bei ISDS künftig noch tödlicher agieren werden, ist eine nicht belegte Unterstellung.

Die im Dossier von CPCO geäußerten Vorwürfe, dass Israel »ethnische Säuberungen« vornehme und die Olympischen Spiele nun als »globales Schaufenster« nutze, »um die Repression und Verbrechen gegen die Völker von Palästina bis nach Lateinamerika« zu bewerben, weichen deutlich vom bisherigen Stil der Gruppe ab, engagiert, aber sachlich Menschenrechtverletzungen zu dokumentieren. Bei der Vorstellung des Dossiers vermieden es die Herausgeber explizit, auf den Punkt »israelische Apartheid« einzugehen. Auch der von einigen BDS-Vertretern geforderte Boykott des »zionistischen Staates« bei dem globalen Sportereignis wird nicht öffentlich unterstützt. Geht es um Israel, wird die Tätigkeit einer Firma zur Staatspolitik erklärt. Würde man alle Staaten mit einem Bann belegen, die brasilianische Polizisten und Soldaten vor den sportlichen Großereignissen ausgebildet haben, müssten zumindest auch Deutschland, Frankreich, Kolumbien und die USA ausgeschlossen werden.